

Vorbildliches China

Silvesterböller: „Mehrheit für Verbot“, FR-Panorama vom 27. Dezember

In China wurden wunderbare Feuerwerke anhand elektronisch gesteuerter, in vielen Farben leuchtender Drohnen gezeigt. Nicht nur eine Vielzahl von Figuren wurden am Himmel erstellt, sondern auch Raketen und sprühende Sternfontänen wurden dargestellt.

Wenn in einem zu novellierenden Sprengstoffgesetz die Kommunen ein solches Feuerwerk übernehmen und die bisher verwendeten Feuerwerkskörper verboten würden, hätte dies für die Umwelt und die Menschen bedeutende Folgen:

Etwa 5000 Tonnen Feinstaub, ein Sechstel des durch den jährlichen Verkehr verursachten Feinstaubs, würde verhindert. Teilweise stark kontaminierter Müll würde nicht entstehen. (Die Stadt Frankfurt/Main braucht zur Entfernung eine Woche. Die Kosten tragen die Kommunen, obwohl diese laut Gesetz den Verursachern angelastet werden sollten.)

Zahlreiche Augen- und Handverletzungen von Kindern und andere schwere Verletzungen durch Unachtsamkeit würden vermieden. 2019 mussten in Deutschland 617 Brände durch Feuerwerkskörper gelöscht werden, rund 40 Prozent mehr als in den Vorjahren. Das Affenhaus in Krefeld ist mit den Tieren abgebrannt.

Tausende von Polizeieinsätzen würden überflüssig. In den Großstädten werden nach 24 Uhr etwa 3000 Notrufe abgegeben. In Berlin rund 1500 Polizeieinsätze, in Leipzig Mordversuch an einem Polizisten, in Frankfurt-Rödelheim Barrikaden gegen Polizisten gebaut und diese mit Feuerwerkskörpern angegriffen.

Gehörverletzungen würden unterbunden. Schlimme Beeinträchtigung von Haustieren, Vögeln in Parks, Detonationen in der Nähe von Tierhaltungen, auch Beschädigungen an Autos und Häusern könnten vermieden. Mehr als 130 Millionen Euro könnten anderweitig, möglicherweise sinnvoller, ausgegeben werden. Ludger Schiffler, Berlin

Diskussion: frblog.de/boellerei

Glücklichste Momente

Zu: „2020 - Zeit für Visionen“, FR-Titel vom 31. Dezember

Was ist Glück? Ein noch größeres Auto? Eine noch schönere Wohnung? Eine noch weitere Urlaubsreise? Ein noch exklusiveres Essen? Einen noch wichtigeren Job? Wie viel Zufriedenheit muss ich opfern, um das nächste „Mehr“ erreichen zu können? – Meine glücklichsten Momente habe ich, wenn mir bewusst wird, wie frei ich bin – seit ich mich entschieden habe: Weniger! Nach 44 Berufsjahren. Kurt Lennartz, Aachen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika diskutiert beim Herrenhäuser Gespräch auf dem Podium zum Thema „Was ist Wahrheit?“ Mit Lorraine Daston (ehemalige Direktorin am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte), Kai Schreiber (Buchautor von „Wahre Lügen. Warum wir nicht glauben, was wir sehen“) und Thomas Strässle (Buchautor von „Fake und Fiktion. Über die Erfindung von Wahrheit“).
Donnerstag, 9. Januar, 19 Uhr
Xplanatorium Schloss Herrenhausen, Herrenhäuser Straße 5, Hannover

Stephan Hebel spricht zum Thema „Was bringt uns das neue Jahr?“

Donnerstag, 16. Januar, 19 Uhr
Genusskomplizen, An der Kleinmarkthalle 7-9, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik – Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Historiker, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky.

Montag, 27. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Einlass ab 18 Uhr.
Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“.
Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Satire richtet sich auch gegen Dummheit

WDR-Satire „Umweltsau“: „Zunehmende Verrohung“, FR-Feuilleton vom 31. Dezember

Mit der Wucht eines Straßenpanzers

Die Morddrohungen gegen WDR-Redakteure, die das Satire-Lied „Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau“ produzierten und per Facebook verbreiteten, entlarven erneut die Milieus, welche sich in den so genannten „sozialen Netzwerken“ tummeln. Nur noch eine Minderheit der Nutzer lässt sich dem demokratischen Spektrum zurechnen. Die Shitstorms gegen seriöse politische Kritik bewegen sich auf dem Niveau von AfD & Konsorten und werden auch ganz offensichtlich von diesen Kreisen losgetreten.

Wenn sich WDR-Intendant Tom Buhrow für etwas zu entschuldigen hätte, dann für die Präsenz des Senders auf Facebook, Instagram und Whatsapp. Denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk verrät durch seine Teilnahme bei den Dissozialen die Prinzipien, die 1945 zu seiner Gründung führten. Dabei ist es unerheblich, ob das Video lediglich im privaten Facebook-Account eines Mitarbeiters oder auf der offiziellen WDR-Facebook-Seite gezeigt wurde. Den demokratischen Sektor verlässt man so oder so nicht.

Gegen Teile des beanstandeten, unformulierten Liedes sind Einwände durchaus berechtigt. Denn die Klimakatastrophe muss vor allem den Eltern jener Kinder und Jugendlichen angelastet wer-

den, die bei „Fridays for Future“ protestieren. Und weniger deren Großeltern. Die Oma, welche im Hühnerstall Motorrad fährt, müsste sinnbildlich durch die Mutti ersetzt werden, die sich als wahre Tussi entpuppt und die Städte mit den Abgasen ihres SUV vergiftet. Gleiches gilt für den Pappi, der sich über die Wucht seines Straßenpanzers definiert. Satire hat sich eben nicht nur gegen Mächtige zu richten, wie Tom Buhrow meint, sondern auch gegen Dummheit. Letztere ist allzu häufig Voraussetzung dafür, dass Macht und Abhängigkeit überhaupt entstehen können. Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Der Mitwelt-Gedanke muss nach oben auf der Agenda

Um Feindbilder aufzubauen, ist Schuldzuweisung ein probates Mittel. Das löst allerdings keines der bereits seit Jahrzehnten auf uns zurollenden Klimaprobleme. Nun also Jung gegen Alt, dabei gibt es zweifelsfrei nicht nur alte Umweltsäue, sondern auch junge. Die für mich als Urgroßvater entscheidende Frage ist: Was tust du für deine Mitwelt, damit es nicht zur Klimakatastrophe kommt? Denn wenn sich jeder angemessen, entsprechend seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten, beteiligen würde, wäre das Problem halb so groß. Also den Mitwelt-Gedanken von unten nach oben schieben. Greta Thun-

berg für den Zeitgeist und Gandhi für gestern sind gelebte Beispiele.

Interventionen der Staaten wären weltweit seit gut 45 Jahren möglich gewesen, wir können sie vergessen. Der erste Bericht des „Club of Rome“ datiert von 1972! Und wichtige Staaten negieren den von Menschen gemachten Klimawandel noch heute, siehe USA und Australien.

Akkumuliert über die letzten Jahre habe ich 130 000 kWh Strom erzeugt, teilweise selbst verbraucht und überwiegend ins Netz gespeist. Also so viel wie ein Vier-Personen-Haushalt in etwa 30 Jahren verbraucht. Für meine kleinen Enkel und Urenkel brauche ich zwingend Nachahmer!

Was in den Diskussionen, Interviews, Kommentaren viel zu kurz kommt und kaum kommuniziert wird, ist eine wirkliche Umweltsau, die Mitweltbelastung durch das Militär. Allein der finanzielle Aufwand des Westens von jährlich etwa 1 000 000 000 000 US-Dollar ist menschenverachtend. Was bitte machen „unsere“ gut 1000 Soldaten einer Verteidigungsarmee (!) in Mali? Daher immer wieder mein Motto: „Statt Bundeswehr umsonst mit Nah- und Fernverkehr!“ Dies würde nicht nur der Mitwelt helfen, sondern einen Beitrag für die Menschheit darstellen!

Gorch Atzberger, Bad Camberg

Diskussion: frblog.de/umweltsau

Ein kompletter Misserfolg

Hartz IV: „Gemischte Bilanz“, FR-Politik vom 30. Dezember

Der Hartz IV-Reform, die nach Buchsteiner und Peter aus der Not der Massenarbeitslosigkeit heraus geboren wurde, lag eine falsche Ursachendiagnose zugrunde. Deshalb kann sie den Abbau der Arbeitslosigkeit nicht bewirkt haben.

Als Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit sah man in der neoliberalen Sicht des neoklassischen Arbeitsmarktmodells eine mangelhafte Flexibilität des Arbeitsmarktes (Arbeitsunwilligkeit, Kündigungsschutz, überhöhte Arbeitslosengelder) und zu hohe Arbeitskosten an. Das rein angebotsseitige Modell lässt keine andere Erklärung zu. Schröder forderte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und damit der Arbeitslosigkeit von den Millionen Arbeitslosen mehr Eigeninitiative! Die Arbeitskosten wurden gesenkt: Zwang zur Annahme jeder angebotenen Beschäftigung, Sanktionsdrohungen, Arbeitslosengeldkürzungen, Streichung der Arbeitslosenhilfe.

Dass die deutschen Arbeitskosten nicht wettbewerbsfähig sein sollten, passte allerdings überhaupt nicht zu den im internationalen Vergleich seit Anfang der 1990er Jahre geringen deutschen Lohnsteigerungen, die in den allermeisten Jahren unterhalb der Produktivitätssteigerung lagen und zwangsläufig die Binnennachfrage schwächten. Die wettbewerb-

lich relevanten deutschen Lohnstückkosten lagen in der Regel deutlich unter denen aller anderen Länder mit Ausnahme von Japan und erklären auch die regelmäßigen deutschen Exportüberschüsse. Da also die Arbeitskosten nicht die Ursache der deutschen Arbeitslosigkeit waren, können die Hartz-IV-Maßnahmen zur Senkung der Arbeitskosten nicht die Ursache für den Abbau der Arbeitslosigkeit nach 2005 sein.

Peter Bofinger hat schon im Sachverständigenratgutachten 2007/08 aufgezeigt, dass für den Abbau der Arbeitslosigkeit neben der Arbeitsangebotsentwicklung die sich entwickelnde weltwirtschaftliche Nachfragedynamik verantwortlich war. Die Nachfrageschwäche in Deutschland ergab sich aus den schwachen Lohnsteigerungen, aus der restriktiven Geldpolitik und der „systematisch prozyklischen“ Fiskalpolitik.

In Wirklichkeit ist die Bilanz von Hartz IV nicht gemischt, sondern ein Misserfolg, der sich in zu geringen Löhnen, in zu geringen Renten und in Altersarmut sowie in wachsender Ungleichheit ausdrückt. Der Misserfolg heißt Wohlstandsverlust. Eine ursachengerechte Wirtschaftspolitik hätte die Arbeitslosigkeit wirksamer abgebaut und zugleich die Wohlstandsverluste vermieden.

Ernst Niemeier, Wentorf

Weniger schädlich

Zu: „Umweltfreundlich fliegen“, FR-Regional vom 23. Dezember

Die Überschrift für die Meldung, dass das im hessischen Koalitionsvertrag vereinbarte „Kompetenzzentrum für Klima- und Lärmschutz“ seine Arbeit aufnimmt, müsste eigentlich heißen: „Weniger umweltschädlich fliegen“. Die Parole vom umweltfreundlichen Fliegen gehört zum Propagandainstrumentarium der Luftverkehrswirtschaft, um die Öffentlichkeit mit der frohen Botschaft einzulullen, es werde mit dem Klimawandel nicht so schlimm kommen. Ersatz für das klimaschädliche Kerosin stehe fast schon so gut wie bereit. Dass aber aus den Triebwerken darüber hinaus ein ganzer Giftcocktail kommt, wird unterschlagen.

Der Energieeinsatz bei Power-to-Liquid (PtL) ist gewaltig und konkurriert mit der Elektromobilität, dem gigantischen Energiehunger des Internet und den Veränderungen auf dem Strommarkt, wenn Kern- und Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Bis zur Marktreife von PtL werden vermutlich noch über Jahrzehnte Steuergelder investiert werden. Einziger Trost: Fliegen wird teurer werden. Damit reguliert sich der wachsende Markt der meist überflüssigen Flugreisen vermutlich von ganz alleine.

Hans Schinke, Offenbach